Kalletal-Kurier

NACHRICHTEN AUS KALLETAL - AUSGABE NEUJAHR 2023

Doppelspitze führt Lippische SPD

Die Lippischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erstmals ein Führungsduo gewählt: Katrin Freiberger und Lasse Huxoll. – *Mehr auf Seite 2*

Erleben wir einen Wahlbetrug?

Gutachten von Schwarz-Grün im Land läßt an Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zweifeln. – *Mehr auf Seite 2*

Wann werden Lücken im Radweg geschlossen?

Die SPD in Kalletal und Vlotho haben sich gemeinsam auf Radtour begeben, um auf die notwendige Schließung von Lücken im Radwegenetz hinzuweisen. – *Mehr auf Seite 4*

Weserauen Naturschutz und Tourismus

In den letzten 20 Jahren wurde die Weseraue zwischen Varenholz und Erder vollständig für den Kiesabbau in Anspruch genommen. Die Abgrabung umfasst ca. 110 ha. Mittlerweile ist die Auskiesung vollständig abgeschlossen. Auf einem Großteil der Fläche hat sich inzwischen eine artenreiche Flora und Fauna angesiedelt. 2021 wurde dieser Bereich in das Naturschutzgebiet Aberg übernommen. Im Rahmen des REGIONALE-Projektes „Erlebnisraum Weserlandschaft“ zusammen mit der Förderkulisse „Blaues Band“ des Bundes plant der Kreis Lippe einen „Rast-Infopunkt“ unterhalb der Schlosskirche, von hier aus ist ein Themenweg einschließlich einer Beobachtungsstation und die Sanierung der Herrengrabenbrücke geplant.

Instandsetzung Himmelsleiter Talle

Auf Antrag der SPD wird in Talle nach geeigneten Fördergeldern für die Sanierung der Himmelsleiter gesucht. Die Himmelsleiter ist die fußläufige Verbindung vom Dorfmittelpunkt zum Albernberg, jedoch baulich in einem sehr schlechten Zustand. Die Treppenstufen haben sich im Laufe der Jahre verschoben, die Asphaltoberfläche weist grobe Beschädigungen auf und der Handlauf ist korrodiert. Aufgrund der steilen Topographie und der Beschädigungen ist die Himmelsleiter gerade in der feuchten und dunklen Jahreszeit durch Moosbewuchs und Blättern der umliegenden Bäume eine regelrechte Rutschpartie. Für die Instandsetzungsmaßnahme, welche bereits im Rat beschlossen wurde, wird nun nach geeigneten Fördertöpfen gesucht. Falls förderfähig, ist auch eine Geländerutsche für den angrenzenden Spielplatz angedacht.

Aktiv in Kalletal - Ein Erfahrungsbericht

Dörfer stärken, zusammen wirken, Zukunft sichern - Vera Johanning Ratsfrau in Kalletal seit 2020 für den Ortsteil Erder

An einem Dienstag im Juni 2022 hatte sich hoher Besuch angekündigt, das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW. Und als wenn das nicht reichen würde, auch Vertreter der Bezirksregierung Detmold und der Gemeinde Kalletal.

Naja, den einen oder anderen kannte ich natürlich… allen voran Bürgermeister Mario Hecker, Bauamtsleiterin Ewa Hermann und Ute Seidemann, mit den anderen Damen und Herren sah das schon anders aus.

Bezirksregierung Detmold… Als ich damals auf die Idee mit den Inklusiven Spielplatz in Erder kam, war es eines meiner ersten Telefongespräche, die ich geführt habe. Mir war klar, irgendwo muss Geld herkommen, ohne geht es bekanntlich nicht und bei Spielgeräten für einen Spielplatz schon mal gar nicht. Also rief ich in Detmold an… einige Verbindungen und Sachbearbeiter später hatte ich den vermeintlich zuständigen Mitarbeiter am Apparat. Nachdem geklärt war, dass unser Dorf Erder doch etwas zu klein war, um eine Städtebauförderung zu beantragen und ich meinen Unmut darüber geäußert hatte, was aber leider auch nicht zum Ziel führte, bekam ich eine Telefonnummer und einen Ansprechpartner, der dann wirklich zuständig war. Ich trug mein Anliegen vor und siehe da, mir wurde die Frage gestellt: „Wieviel Geld brauchen sie denn, Frau Johanning?“

In meinem Kopf ratterten die Zahlen wie beim einarmigen Banditen… wahnsinnig schnell und immer wieder der Satz „Sag jetzt nichts Falsches“. „120.000 €“, Wumms, da war es raus. Ich hörte mein Gegenüber tief Luft holen und dann wurde mir erklärt, wie ich weiter vorzugehen hätte.

Mir war natürlich klar, dass die Summe für einen Inklusiv Spielplatz zwar reell, aber unser Dorf viel zu klein ist, als dass ich eine Chance hätte, an so viel Geld zu kommen. Aber… vielleicht würde mir genug Geld zur Verfügung gestellt, um eine Nestschaukel anschaffen zu können.

Die nächsten Schritte waren jetzt klar. Zunächst musste ein Gespräch mit der Gemeindeverwaltung stattfinden. Im Dorfgemeinschaftshaus trafen sich mein Mann und ich mit Frau Hermann und Bürgermeister Mario Hecker. Wir erklärten den Beiden die Idee von den zusätzlichen Spielgeräten und … sie fiel auf fruchtbaren Boden. Sie nahmen die Idee mit nach Hohenhausen und arbeiteten an der Umsetzung. Das dauerte, klar. Heute weiß ich das, aber damals, ich glaube es war 2018/2019, hatte ich noch die naive Vorstellung im nächsten Sommer könnte ich in der neuen Schaukel schon schaukeln. Mir war einfach nicht klar, was alles nötig ist, um Geld aus einem Förderprogramm zu bekommen. Das richtige Programm wurde gefunden, alle Formulare korrekt ausgefüllt und was ganz wichtig ist, zum richtigen Zeitpunkt, eingereicht.

Im Frühjahr2020 kam die Mail vom Bürgermeister! Über das Förderprogramm Dorferneuerung wurden knapp 19.000 € für den Spielplatz in Erder bewilligt. Dann ging es auch los, alter Spielplatz weg… neuer hin. Nein, ganz so schnell ging es dann leider doch nicht, aber wie das so ist, es dauert halt alles so lange wie es dauert.

Zwischendurch kam Corona. Aber egal… der Spielplatz ist fertig, ich persönlich finde ihn auch sehr schön und er wird auch gut angenommen.

Und dann kam an besagtem Dienstag auch noch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung aus Düsseldorf. Sie wollten sehen, wo das Geld hingeht, was das für Menschen sind, die sich ehrenamtlich engagieren und was dahinter steckt.

Ich glaube, es ist mir noch nie so leicht gefallen, vor Menschen zu sprechen, wie an diesem Dienstagmorgen.

Während der Vorstellung des Spielplatzes ist mir klar geworden, wie viel ehrenamtliches Engagement es in unserem Dorf gibt. Ich sage nichts Falsches, wenn ich behaupte, dass es Andre Bierbaum genauso ging.

Beim Ehrenamt geht es um so vieles, was man nicht greifen kann, denn es ist einfach da. Am Anfang steht ein Bedarf, es fehlt irgendetwas oder man hat eine Idee, die man gerne umsetzen möchte. Und wenn man dann dranbleibt, kommt die Motivation, etwas zu bewegen oder erreichen zu wollen. Wenn das Netzwerk stimmt, die Wege zu den Anderen kurz sind, es Menschen gibt, die einem entgegenkommen und helfen, dann ist es egal wie klein unser Dorf ist.

Ehrung für Hermann Schumacher

Ein halbes Jahrhundert an der Spitze der SPD in Hohenhausen

Fünfzig Jahre sind eine lange Zeit: ein halbes Jahrhundert lang ist Hermann Schumacher Vorsitzender der SPD Hohenhausen. „Dass es einen dienstälteren Ortsvereinsvorsitzenden in Deutschland gibt, ist mir nicht bekannt,“ betont Landrat Axel Lehmann bei der Ehrung des verdienten Genossen, „das sollte bundesweit einzigartig sein.“

1972 übernahm der mittlerweile pensionierte Lehrer den Vorsitz, zuvor war er bereits zwei Jahre Stellvertreter gewesen.

Umweltschutz und die soziale Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger -alt wie jung- nennt Schumacher seit jeher sein vorrangiges Ziel.

Die Lippische Rose in Silber und das Bundesverdienstkreuz, das er 2004 bekommen hat, sprechen dafür, dass sein Wirken wahrgenommen wurde.

Hermann Schumacher ist den Bürgerinnen und Bürgern in Kalletal am deutlichsten präsent in seiner Wahlkampfarbeit: Elf Kommunalwahlen und entsprechend viele Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen hat er bis heute mit viel Überzeugungskraft begleitet. Hermann Schumacher war 30 Jahre für die SPD im Rat der Gemeinde Kalletal und ist heute noch als sachkundiger Bürger in der SPD-Ratsfraktion tätig. Wir gratulieren zu diesem besonderen Jubiläum und hoffen auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Mobilität

Dorfgespräch in Asendorf

Am 30.11. fand im Dorfgemeinschaftshaus in Asendorf das mittlerweile dritte Kalletaler Dorfgespräch zum Thema Nachhaltige Mobilität in Kalletal statt, ein Gesprächsformat, mit welchem Bürgerinnen und Bürger animiert werden sollen, auf Augenhöhe mit Experten, Verwaltung und Politik zu diskutieren, sich auszutauschen und einbringen zu können. Miteinander reden, halt. Dieses Format fußt auf einem Förder- und Qualifizierungsprogramm der politischen Bildung, das bundesweit Projekte in ländlichen Räumen fördert, die den wertschätzenden Dialog, demokratische Gesprächsprozesse, Informationsaustausch und Teilhabe vor Ort ermöglichen.

Nach einem „Poster-Rundgang“ konnten die Moderatorin Lea Kohlhage, Bürgermeister Mario Hecker und Kalletals Klimamanagerin Henrike Sieker viele Hinweise und gute Ideen zu möglichen Handlungsoptionen und Notwendigkeiten zur Verbesserung der Mobilität in Kalletal aufnehmen. Am vordringlichsten wurde der Lückenschluss der Radwegverbindung zwischen Langenholzhauen und Hohenhausen an der B 238, sowie weiter bis nach Lemgo im Bereich Luhe gesehen. Weitere Forderungen waren u. a. Fahrrad- oder Mobilstationen, Hol- und Bringzonen an Schulen, Nachtbusse und Mitnahmemöglichkeiten von Fahrräder im ÖPNV. Die von SPD und Grünen beantragte Teilnahme am Landeswettbewerb „ways-2work“ soll das Kalletaler Mobilitätskonzept ergänzen.

Ampel-Koalition stockt THW-Etat um 42,2 Millionen auf

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn dankt den lippischen THW-Mitgliedern

Kreis Lippe. Zerstörte Häuser, Straßen und Brücken, verletzte und geschockte Menschen, dazu viele Todesopfer: Die Jahrhundertflut im Ahrtal hat im Sommer 2021 unfassbares Leid über die Menschen dort gebracht und zig Existenzen einfach weggespült. Umgehend waren den Betroffenen damals unter anderem die Mitglieder des Technischen Hilfswerks (THW) zu Hilfe geeilt und dort wochenlang im Einsatz – auch aus Lippe. Als Dank für ihren Einsatz wurden die Ehrenamtlichen nun bei einer Feierstunde in Detmold ausgezeichnet.

Mehr als 15.500 Stunden waren die 54 THW-Mitglieder aus Detmold und 31 THW-Angehörige aus Lemgo im Ahrtal im Einsatz. „Es ist gut zu wissen, dass es das Technische Hilfswerk und seine in erster Linie ehrenamtlichen Mitglieder gibt, die im Notfall für uns da sind und dringend benötigte Hilfe leisten“, sagt der lippische SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn, der bei der Auszeichnung in Detmold dabei war. Passend dazu überbrachte Berghahn die Nachricht, dass der Bund den THW-Etat im kommenden Jahr um 42,2 Millionen Euro erhöhen werde.

„Das ist die Vorbereitung eines Wahlbetrugs“

Gutachten lässt Zweifel an Abschaffung der Straßenausbaugebühren. Die Abgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer fordern von der CDU, ihr Versprechen einzulösen.

Kreis Lippe. „Wir haben die Straßenausbaubeiträge abgeschafft“ tönte es in den Wochen vor der Landtagswahl in Dauerschleife von der plumpen Wahlkampfschallplatte der CDU – auch in Lippe. Doch dieses vollmundige Versprechen war offensichtlich nichts anderes als eine billige Blendgranate, um im Wahlkampf ein unbequemes Thema abzuräumen. Ein im Auftrag der Landesregierung erstelltes Gutachten lässt erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass die umstrittenen Gebühren jemals wegfallen werden.

„Das sind ganz schlechte Nachrichten für die Grundstückseigentümer in Nordrhein-Westfalen“, erklären die SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer. Schon jetzt fragten sich viele Menschen, wieso sie kürzlich Beitragsbescheide im Briefkasten hatten, obwohl die Gebühren laut CDU doch abgeschafft worden seien. „Viele stellen nun fest, worauf die SPD bereits vor der Landtagswahl hingewiesen hat: Was hier passiert, ist die Vorbereitung eines Wahlbetrugs“, ärgert sich Baer.

Seit Jahren setzen sich die Sozialdemokraten dafür ein, die Bürgerinnen und Bürger finanziell zu entlasten und Ungerechtigkeiten wie die Straßenausbaugebühren abzuschaffen – und hatten damit bei den Bürgerinnen und Bürgern offene Türen eingerannt. Doch mit ihren Anträgen dazu war die SPD im Landtag stets an der Mehrheit von CDU und FDP gescheitert.

Kurz vor der Landtagswahl folgte dann die Rolle Rückwärts der Christdemokraten. Stolz verkündeten Ministerpräsident Hendrik Wüst & Co. die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Dabei waren diese längst nicht vom Tisch. Die Landesregierung hatte lediglich ein Förderprogramm aufgesetzt, durch das den Betroffenen die Gebühren erstattet werden. Die Beiträge wurden und werden also nach wie vor erhoben und lediglich vom Land übernommen, was bei den Städten und Gemeinden für einen erheblichen bürokratischen Aufwand sorgt. „Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass dies eine Mogelpackung ist“, erklärt Stock. „Von Abschaffung der Straßenausbaugebühren konnte und kann absolut keine Rede sein“, ergänzt Maelzer. Im Gegenteil.

Monatelang war von dem angeblichen Prestigeprojekt der Christdemokraten nichts mehr zu hören. Nun ist ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten aufgetaucht. Dies war zwar schon im Juni erstellt, aber erst jetzt den Abgeordneten zur Verfügung gestellt worden. „Allein das ist ein Zeichen dafür, wie wenig die Landesregierung das Thema interessiert“, sagt Baer.

Das Gutachten führt drei Möglichkeiten auf, wie in Zukunft mit den bei den Bürgerinnen und Bürgern ungeliebten Beiträgen verfahren werden könnte. Der Knackpunkt daran: Keine dieser Möglichkeiten garantiert den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie am Ende nicht doch auf den Kosten sitzen bleiben. „Obwohl die Abschaffung der Straßenausbaugebühren im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, schiebt Schwarz-Grün das Thema auf die lange Bank“, sagt Stock. „Die CDU hat der Öffentlichkeit weiß gemacht, dass die ungerechten und bürokratischen Beiträge vom Tisch sind. Doch das ist nicht der Fall. Kommunen sind rechtlich weiterhin gezwungen, diese Gebühren zu erheben“, sagt Maelzer.

„Unsere Lösung liegt auf dem Tisch: Die Beiträge werden im Gesetz abgeschafft und alle bis zum 1. Januar 2018 nicht bestandskräftig festgesetzten Beiträge werden nicht mehr erhoben. Das Land ersetzt den Kommunen die fehlenden Einnahmen“, fordert Ellen Stock. „Diese Lösung ist leicht umsetzbar, rechtlich machbar und längst überfällig – man muss es nur wollen“, sagt Alexander Baer. „Doch was man den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf vollmundig versprochen hat, scheint Ministerpräsident Hendrik Wüst und der CDU ziemlich egal zu sein“, ärgert sich Dennis Maelzer.

Doppelspitze in Lippischer SPD

Katrin Freiberger und Lasse Huxoll führen gemeinsam die SPD

Nachdem die langjährige Vorsitzende, Ellen Stock, nicht mehr als Chefin antreten wollte, mussten die Genossinnen und Genossen eine neue Spitze wählen. Nach der Satzungsänderung war der Weg für eine Doppelspitze frei. Katrin Freiberger (46) aus Augustdorf und Lasse Huxoll (27) aus Lemgo führen jetzt die lippische SPD an.

Katrin Freiberger ist Mitglied im Gemeinderat in Augustdorf und Mitglied des Kreistages. Die Gleichberechtigung der Geschlechter liegt ihr sehr am Herzen und darum hatte auch die AsF den Antrag für die Einführung der Doppelspitze gestellt.

Lasse Huxoll, der schon als Schüler der SPD beigetreten war, ist Mitglied im Stadtrat der Hansestadt Lemgo und stellvertretender Verbandsvorsitzender im Landesverband Lippe. In der SPD-Ratsfraktion ist er stellvertretender Vorsitzender auch im Jugendhilfeausschuss im Stadtrat ist er stellvertretender Vorsitzender.

Gemeinsam wollen Sie die SPD nach vorne bringen.

Nordumgehung: Sanierung vor Neubau?

Der Landtagabgeordnete Alexander Baer hat bei der Landesregierung nachgehakt. Ende des Jahres könnte das bedeutende Projekt für Lemgo einen wichtigen Schritt vorankommen.

Lemgo: Stau, verstopfte Straßen und Lärm. Dieser Zustand soll vor allem in der Gosebrede, der Richard-Wagner- und der Herforder Straße durch die Nordumgehung der Vergangenheit angehören. „Der Landesbetrieb Straßen.NRW rechnet mit 30 Prozent weniger Verkehr“, weiß Alexander Baer.

„Anfang 2021 wurde das Planfeststellungsverfahren für den Neubau eröffnet. Bis Februar 2021 konnten Einwände und Stellungnahmen eingereicht werden. Diese sind Mitte Mai 2021 an Straßen.NRW gegangen. Doch seither hat man von der Nordumgehung nichts weiter gehört und das Projekt scheint ins Stocken geraten zu sein.“, erinnert Baer.

Aus der Antwort auf seine Kleine Anfrage geht hervor, dass die Stellungnahmen von Straßen.NRW derzeit fachtechnisch geprüft würden. „Im Anschluss erfolgt die Übersendung an die Bezirksregierung Detmold als Planfeststellungsbehörde, die auch den anschließenden Erörterungstermin anberaumt“. Die Bearbeitung der Einwendungen und Stellungnahmen bei Straßen.NRW und die Übergabe an die Bezirksregierung Detmold seien für das 4. Quartal 2022 geplant. „Damit würden die Planungen einen wichtigen Schritt vorankommen“, sagt Baer.

Weiter heißt es in der Antwort: „Normalerweise werden so weit fortgeschrittene Planungen, wie bei der Nordumgehung nicht mehr gestoppt und die laufenden Projekte werden bis zur Novellierung des Bundesverkehrswegeplans weiterbearbeitet“.

„Ob das auch für die Nordumgehung gilt, wird offen gelassen. Bei der Aussage: „Die regierungstragenden Fraktionen haben sich grundsätzlich darauf verständigt, dass im Bereich des Straßenbaus Sanierung Vorrang vor dem Neubau hat“ gehen bei mir alle Alarmglocken an. Ich erwarte von der Landesregierung, das Projekt weiter voranzutreiben und nicht zu verschleppen oder zu blockieren. In diesem Punkt werde ich die Landesregierung beim Wort nehmen“, sagt Baer.

Weiter betont Baer: „Vor allem unter dem Aspekt, dass noch im Mai behauptet wurde, dass die Nordumgehung unter einer rot-grünen gestorben sei, wäre eine Kehrtwende nicht nur ein Rückschlag für die Verkehrssituation in Lemgo, sondern auch sehr peinlich für die örtliche CDU. Denn nun schlagen sie zusammen mit den Grünen einen Weg ein, den sie stets kritisiert hatten.“

Mehr Gleichstellung im Kreishaus

SPD-Kreistagsfraktion freut sich über Erfolge durch den Gleichstellungsplan

Große Fortschritte beim Thema Gleichstellung gibt es in der Kreisverwaltung Lippe. Aus einem Zwischenbericht zum Gleichstellungsplan 2020-2050 geht hervor, dass viele der Ziele nach der Hälfte der Zeit komplett oder teilweise erreicht werden konnten. SPD-Fraktionsvorsitzender Henning Welslau freut sich: „Das ist ein toller Erfolg der Kreisverwaltung. Wir danken besonders der Gleichstellungsbeauftragten, unserem Landrat Axel Lehmann und der Personalabteilung für die engagierte Arbeit an den Zielen, die wir als Politik 2019 beschlossen haben.“ Die Auswertung ergibt, dass die Teilzeit-Quote deutlich erhöht wurde: bei Frauen um 12% und bei Männern um 5% in unterschiedlichen Stundenkontingent-Kategorien. Das Arbeiten in Teilzeit kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Das Ziel, Führungspositionen zum gleichen Anteil mit Frauen und Männern zu besetzen, ist bereits erreicht. Aktuell gibt es 50% weibliche und 48% männliche Führungskräfte, wobei 2% der Stellen zum Stichtag 30. Juni 2022 nicht besetzt waren. Selina Sonnenberg, Mitglied im Finanz- und Personalausschuss, ist sich sicher: „Mehr Vielfalt tut der Kreisverwaltung gut. Der Bericht zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind. Für alle Arbeitskräfte, Frauen wie Männer, ist die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Pflege und auch Ehrenamt wichtiger geworden. Dies ermöglichen die Maßnahmen aus dem Gleichstellungsplan.“

Mit dem Bürgergeld zu mehr Respekt, Qualifizierung

Der Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn lobt die größte Sozialreform der letzten 20 Jahre, die viele Verbesserungen mit sich bringt.

Es ist vollbracht: Mit dem Jahreswechsel wird das neue Bürgergeld ausgezahlt. „Damit verabschieden wir uns nicht nur von Hartz IV und lösen ein zentrales Wahlversprechen ein. Wir schaffen auch mehr Sicherheit für Menschen, die beruflich in schwierige Lebenslagen geraten sind“, freut sich der lippische SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn.

„Auch wenn wir am Ende im Vermittlungsausschuss des Bundesrates einen Kompromiss eingehen mussten, haben wir es dennoch geschafft, die komplette Verweigerungshaltung der Konservativen aufzubrechen und die Kernbestandteile des Bürgergelds durchzusetzen“, meint Berghahn.

Mit dem neuen Bürgergeld vollzieht die Bundesregierung nicht nur die größte Sozialreform der vergangenen 20 Jahre. „Gleichzeitig setzen auf den Abbau von Bürokratie, eine Kultur der Augenhöhe sowie mehr nachhaltige (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt“, stellt Berghahn fest. Das Bürgergeld bringe eine Reihe von Verbesserungen für die Menschen mit sich: Ab dem 1. Januar stiegen die Regelsätze um 53 Euro auf 502 Euro im Monat. Außerdem werde ein besserer Inflationsausgleich geschaffen und die Zuverdienstmöglichkeiten stiegen.

Weiterbildung und Qualifizierung würden in Zukunft in gleicher Weise unterstützt wie die Aufnahme eines neuen Jobs. „Das ist aus zwei Gründen äußerst wichtig: Im bisherigen Hartz-IV-System sind viele der langzeitarbeitslosen Menschen ohne Berufsausbildung. Oft werden sie immer mal wieder in Hilfsjobs vermittelt – und stehen ein paar Monate später wieder beim Jobcenter. Mit dem neuen Bürgergeld sorgen wir dafür, dass Menschen einen Abschluss nachholen können, um dauerhaft am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen“, erklärt Berghahn. Mit Prämien für Weiter- und Qualifizierungsmaßnahmen würden positive Anreize geschaffen, anstatt weiter auf eine Drohkulisse zu setzen.

Allgemein werde die Beratung in den Jobcentern in Zukunft auf eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt ausgerichtet. Nicht mehr der nächstbeste Job, sondern die langfristige Perspektive der Menschen werde im Fokus stehen.

„Das ist der Witz des Jahres“

Jugendliche sollen auf Vorschlag des Schulministeriums ihre digitalen Kenntnisse mit Stift und Papier nachweisen.

Kreis Lippe. E-Mails lesen und schreiben, Nachrichten verschicken, telefonieren, einkaufen, Termine buchen und vieles mehr erledigen die meisten Menschen mittlerweile mit dem Smartphone als ständiger Begleiter. Das führt auch dazu, dass Kinder heutzutage in einer digitalen Welt aufwachsen und die verschiedenen Endgeräte teils besser als ihre Eltern beherrschen. Digitale und EDV-Kenntnisse werden also immer wichtiger – auch für Jugendliche.

Ihre digitalen Fähigkeiten konnten sie bisher vom Schulministerium durch einen „EDV-Führerschein“ zertifizieren lassen und beispielsweise Bewerbungen beifügen. „Das ist eine gute und sehr sinnvolle Möglichkeit“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer, familienpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Das nachzuweisende Wissen dafür wurde bislang online abgefragt. Doch nun hat das Ministerium den Test abgeschaltet – unter anderem aus Datenschutz- und Sicherheitsgründen (die allerdings lange bekannt gewesen sein sollen).

Alternativ schlägt das Ministerium vor, dass die Jugendlichen den „EDV-Führerschein“ einfach analog ablegen können – mit Zettel, Stift und Papier. „Das ist der Witz des Jahres und klingt eher nach einem Bericht aus Schilda als nach etwas, was es wirklich gibt“, erklärt Maelzer und fordert das Schulministerium dazu auf, schnellstmöglich wieder die Online-Prüfung zu ermöglichen. „Von Ministerin Feller verlangt ja auch keiner, auf E-Mails mit Füllfederhalter und auf Papier zu antworten. Deshalb: Tests über digitale Fähigkeiten müssen digital abgelegt werden. Und dafür muss das Ministerium umgehend die Voraussetzungen schaffen“, sagt Maelzer.

Gelder für moderne Feuerwehrgerätehäuser gestrichen

Die SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer fordern, Hilfen für Rettungskräfte und Kommunen nicht zu kürzen.

Kreis Lippe. Die vielen Krisen, denen Länder und Bund sich derzeit stellen müssen, können auch an einem Haushalt nicht spurlos vorüber gehen. Den Rotstift aber ausgerechnet bei den ländlichen Räumen und dem Katastrophenschutz anzusetzen, ist zu kurz gedacht, erklären die lippischen SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer.

Vollmundige Ankündigungen eines Entlastungspaktes, zu dem nach wie vor keine Details bekannt sind, Taschenspielertricks beim Corona-Rettungsschirm, Wirrwarr um die Einhaltung der Schuldenbremse, eine schrumpfende Wirtschaftsleistung oder der mehrfach gescheiterte Haushaltsentwurf der Landesregierung, der nach Prüfung des Landesrechnungshofs zweimal verfassungswidrig war: Für Schwarz-Grün setzt es eine Ohrfeige nach der anderen. Als wäre diese Ansammlung von Peinlichkeiten nicht schon genug, streicht die Landesregierung nun auch noch ein für ländliche Kommunen wichtiges Förderprogramm zusammen.

Im Zuge der Haushaltsplanberatungen stellte sich heraus, dass die sehr beliebte Förderung der Dorferneuerung um ganze 22 Millionen Euro gekürzt werden soll. Konkret: Der erst im Jahr 2021 eingeführte Sonderaufruf „Feuerwehrhäuser in Dörfern“ wurde ersatzlos gestrichen. „Das sind schlechte Nachrichten für unsere Kommunen und Feuerwehren“, erklärt Ellen Stock. „Gerade auf dem Land haben wir größtenteils ehrenamtliche Kräfte“, sagt Baer. „Wer seine Zeit und auch seine Gesundheit für die Gesellschaft einsetzt – der hat es auch verdient, dass das Land ihn unterstützt“, ergänzt Maelzer.

Besonders verärgert sind die Sozialdemokraten darüber, dass einfach auf die Kommunen verwiesen wurde. „Vielen Städten und Gemeinden steht das Wasser zwischen höheren Zinsen und wachsenden Energiekosten bis zum Hals. Jetzt einfach zu sagen, die Kommunen sind dran, wird der Verantwortung einer Landesregierung nicht gerecht“, sagt Stock. Im Kommunalausschuss hatte sie die konkret nach den Gründen für die Abschaffung gefragt. Daraufhin kam man auf Seiten des Ministeriums ordentlich ins Schwimmen, wich aus und lenkte ab – eine konkrete Antwort gab es nicht!

Dass der Bedarf da sei, liege auf der Hand. „Viele Feuerwehrhäuser entsprechen nicht mehr den aktuellen Sicherheits- und Brandschutzanforderungen, es fehlen Räume für die Jugend und Anbauten für eine Trennung von verschmutzter Einsatz- und sauberer Zivilkleidung“, sagt Baer. „Erst die Hilfe des Bundes bei der Entschuldung der Kommunen ablehnen und ihnen dann die Gelder streichen – das ist weder Krisenhilfe, noch Krisenresilienz, noch Krisenvorsorge“, kritisiert Maelzer. Insgesamt bräuchten die Kommunen mehr Hilfe und nicht weniger.

Hilfe gegen Hass und Hetze

Drohungen gegen Kommunalpolitiker:innen nehmen zu. Die SPD-Abgeordnete Ellen Stock will die Ehrenamtlichen unterstützen.

Netzwerken bis hin zur Gewalt: Für viele Bundes- und Landespolitiker gehören Kreis Lippe. Subtile Drohungen, Verleumdungen, Hass und Hetze in Sozialen solche Erfahrungen leider inzwischen zum Alltag. Seit einigen Jahren nehmen aber auch die Berichte über verbale Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker deutlich zu. „Eine besorgniserregende Entwicklung“, stellt die SPD-Landtagsabgeordnete Ellen Stock klar.

Genau zu diesem Thema hatte Stock als Mitglied des Kommunalausschusses kürzlich im Landtag gesprochen. „Auch in meinem Wahlkreis häufen sich die Berichte der ehrenamtlichen Politiker, dass sie immer öfter angegangen, beleidigt und beschimpft werden. Viel spielt sich dabei in den sozialen Netzwerken ab. Aber auch persönliche Anfeindungen sind leider nicht mehr selten“, berichtet Stock. Die Bandbreite reiche von immer wiederkehrenden Fake News und Anspielungen bis hin zu Drohungen und offenen Gewaltaufrufen.

„Man kann und soll ja auch unterschiedlicher Meinung sein. Und oft gibt es Themen und Entscheidungen, die polarisieren und emotional diskutiert werden“, erklärt die Abgeordnete. Doch ihrem Eindruck nach werde dabei immer schneller die sachliche Ebene verlassen. „Werden Entscheidungen getroffen, die einem nicht gefallen, geht es mittlerweile schnell ins Persönliche. Frei nach dem Motto ‚Wer nicht für mich ist, ist gegen mich‘.“ Nicht wenige Lokalpolitikerinnen und -politiker wollten sich das nicht mehr antun und sich deshalb aus der Politik zurückziehen. „Dem müssen wir uns entgegenstellen! Hier ist auch das Land gefragt, um bestehende Hilfe offener zu kommunizieren und diese weiter auszubauen“, forderte Stock in ihrer Landtagsrede. Unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände und der Polizei könnten bestehende Aufklärungskampagnen einen stärkeren Schwung bekommen und neue entwickelt werden. „Wichtig ist, dass wir die Kommunalpolitikerinnen und -politiker nicht im Stich lassen und ihnen mit aktiven Hilfen zur Seite stehen“, erklärt Stock.

Klausurtagung unter schwierigen Vorzeichen

Die SPD-Kreistagsfraktion tagt erstmal seit Corona wieder im Inselquartier des Kreises auf Norderney

Die Mitglieder der Kreistagsfraktion waren Ende Oktober vier Tage auf der Nordseeinsel. Die Zeit wurde genutzt, um intensiv über die anstehenden Projekte in den einzelnen Arbeitsbereichen zu diskutieren. Angesichts der vielen Krisen, die auch den Kreis Lippe treffen, wird die Haushaltslage 2023 schwierig. Dank des guten Wirtschaftens in den vergangenen Jahren gibt es eine solide Ausgleichsrücklage. Die Kreistagsfraktion hatte das Ziel, Prioritäten zu setzen und mögliche Einsparungen ins Auge zu fassen, um gut vorbereitet in die Haushaltsverhandlungen Anfang nächsten Jahres zu starten. Die erste mehrtägige Klausurtagung seit Ausbruch der Corona-Pandemie diente auch dem besseren Kennenlernen der Fraktionsmitglieder. Das schöne Wetter und die tolle Lage der Inselquartiere lud zu Aktivitäten unter freiem Himmel ein. Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzende Ilka Kottmann zieht ein positives Fazit: „Wir haben die Zeit gut genutzt, um zu diskutieren, welche Ziele wir uns für die einzelnen Bereiche setzen. Der persönliche Austausch kam auch nicht zu kurz und wir hatten Zeit, unsere Zusammenarbeit innerhalb der Fraktion und mit der Verwaltung und Partei zu reflektieren. Nun geht es an die Umsetzung unserer selbstgesteckten Ziele.“

Gemeinsame Radtour der SPD Kalletal und Vlotho

Wann kommen die Lückenschlüsse an gefährlichen Stellen von Bundesstraßen? Die Antwort interessiert nicht nur Kalletaler.

Der alternative Weserradweg wird seit langem von vielen Radfahrer*innen aus Nah und Fern genutzt. Leider gibt es an einer besonders gefährlichen Stelle der B514 eine Lücke von ca. 500 Meter.

Auf Höhe des Kieswerkes Reese bis zur Hafeneinfahrt Vlotho müssen sich Autofahrer und Radfahrer die marode Fahrbahn teilen. Um Alexander Baer, unser Landtagsabgeordneter und unsere Stimme in Düsseldorf, auf diese und andere fehlende Lückenschlüsse an der B238 Richtung Lemgo aufmerksam zu machen, fand am 21.10.22 eine gemeinsame Fahrradtour mit ihm und einigen Genossen an der B514 statt. Am Hafen in Vlotho wurde dann zusammen mit dem Bürgermeister der Stadt Vlotho Rocco Wilken über die fehlenden Lückenschlüsse diskutiert. Inzwischen, so teilte Alexander Baer jüngst mit, dass als Kompromisslösung der Plan entwickelt worden sei, 2024 einen Radweg jeweils bis vor die Enden der Stützmauer zu bauen. Radfahrer*innen müssen dann auf diesen gut 100 Metern zwar auf der Straße fahren, aber besser als „nichts“, oder? Wann geht‘s bei uns in Kalletal weiter?

Tag der Deutschen Einheit

SPD Ortsverein Kalldorf feiert diesen Tag schon seit Jahrzehnten traditionell jährlich mit namhaften Politikern.

Zum 32. Jahrestag der Deutschen Einheit hatte der Ortsverein an die Friedenseiche und den Gedenkstein am Dorfgemeinschaftshaus eingeladen. Festredner Christian Dahm, Mitglied des Landtages, eröffnete seine Gedenkrede mit einem Zitat Willy Brandts: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“

In diesem Zusammenhang erinnerte Dahm an den kürzlich verstorbenen ehemaligen Präsidenten der UDSSR, Michail Gorbatschow, den Mann, der die deutsche Wiedervereinigung letztendlich ermöglicht hat. Gorbatschows Politik unter den Begriffen „Glasnost“ und „Perestroika“ war Voraussetzung für die deutsche Einheit und die Beendigung des „kalten Krieges“. Die deutsche Einheit empfanden damals viele Menschen auf der ganzen Welt als ein Zeichen für eine lange Friedensperiode in Europa und der Welt.

Welch fragiles Gebilde letztlich der Friede doch ist, bekommen wir alle aktuell zu spüren. Putins Aggressionskrieg gegen die Ukraine und der Versorgungskrieg gegen die freie Welt zeigt deutlich, dass wir stets achtsam und solidarisch sein und für den Frieden einstehen und kämpfen müssen.

Dahm beendete seine Gedenkrede wiederum mit einem Zitat, das Willy Brandt am 10. November 1989 nutzte: “ Jetzt sind wir in einer Situation, in der wieder zusammenwächst, was zusammengehört. Das gilt für Europa im Ganzen.“

Der Anlass war damals ein anderer, trotzdem ist dieses Zitat, gerade in den heutigen schwierigen Tagen und Monaten, immer noch von großer Bedeutung.

KEB - LEBENDIGE DEMOKRATIE

Gemeinsam vor Ort Zukunft gestalten – Kommunale Entwicklungsbeiräte KEB

Dieses Modellprojekt ist schon seit einiger Zeit in Vorbereitung und wurde am 26.10.22 im Ausschuss für Digitalisierung, Innovation und Entwicklung ländlicher Raum erstmals von Frau Laura Gerards Iglesias (Projektleiterin Pilotprojekt Kommunaler Entwicklungsbeirat, Berlin) vorgestellt.

Kalletal wurde im Mai 2022 als Pilotkommune ausgewählt und erhält eine Förderung von 10.000 € als Anschubfinanzierung.

Die „Berlin Governance Platform“ garantiert eine enge Prozessbegleitung über den gesamten Prozess, leistet Beratung und Koordination, Begleitung und Unterstützung des Moderationsteams und moderiert die Treffen der Steuerungsgruppe.

Diesem Gremium gehören Bürgermeister Mario Hecker, als Koordinatorin Ewa Hermann, der Ausschussvorsitzende Manfred Rehse, der ehemalige Schulsprecher der Jacobischule Leon Voigt, Heide-Rose Osterhage und Axel Wattenberg vom Seniorenbeirat, sowie Reinhardt Sasse und Janna-Marie Kramer als Moderatoren an. Inzwischen hat die Steuerungsgruppe mehrfach getagt, Termine festgelegt, Teilnehmer und Interessierte angeschrieben, befragt und nach diversen Vielfaltskriterien ausgewählt. Die Steuerungsgruppe hat nun 34 Teilnehmer für den KEB festgelegt und zusätzlich 4 Gäste, die den insgesamt 4 Sitzungen beratend beiwohnen werden, gewonnen.

Wir arbeiten als Team zusammen, indem wir respektvoll und auf Augenhöhe miteinander umgehen. Wir schaffen eine Kultur des Miteinanders, indem wir offen und ehrlich kommunizieren und uns kooperativ verhalten. Wir achten darauf, dass unsere Vorschläge realistisch umsetzbar sind. Wir behandeln die Inhalte der Sitzungen vertraulich, es sei denn, es wird im Konsens beschlossen, bestimmte Informationen weiterzugeben.

Inhaltlich geht es um die Gesundheitsversorgung in Kalletal und dabei sind etliche Herausforderungen zu berücksichtigen: Pflegenotstand, Schließung von Praxen, Unterversorgung spezieller Bedarfe (z.B. Hebammen), Einschränkung Notaufnahme Lemgo, Kommunikation zu Entscheidungen auf Kreis-/Landesebene, Verkehrsanbindung an umliegende Spezialkliniken, mangelnde Wertschätzung der Pflegeberufe, Gestaltung attraktiver und aktiver Pflegebedingungen, Personalmangel. Beiräte beteiligen sich aktiv an der nachhaltigen Gestaltung der Zukunft der Gemeinde, treten in den Dialog miteinander, erweitern die eigene Perspektive und stärken das Verständnis für unterschiedliche Standpunkte. Das lokale Wissen, die Interessen und Bedürfnisse, die praktischen Erfahrungen und die Kreativität der Beiräte werden genutzt, um innovative Strategien zu entwickeln Das Vertrauensverhältnis zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und (organisierter) Zivilgesellschaft wird gestärkt. Am 28.01 geht es los und im Herbst werden die Ergebnisse dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit präsentiert.

800-Jahr-Feier in Talle

Aufgrund der Corona-Pandemie musste der Termin zweimal verschoben werden.

In diesem Jahr konnten die Planungen der Dorfgemeinschaft Talle endlich umgesetzt werden. Man hatte sich zum Ziel gesetzt, mehrere verschiedenartige Veranstaltungen zur 800 Jahr Feier durchzuführen. Zum Auftakt der Feierlichkeiten spielte das Harmonic Brass Bläserquintett aus München in der Peterskirche auf.

Ein weiterer Höhepunkt war die Aufstellung eines Gedenksteines im Berggarten, hergestellt durch die Taller Künstlerin Renate Lübbing.

Höhepunkt der Feierlichkeiten war sicherlich der Mittelalterliche Markt um die Taller Kirche. Schon Freitagabend lud die Dorfgemeinschaft zum eigentlichen Festakt in die Kirche ein. Die Feier wurde von den Taller Vereinen hervorragend inszeniert. Für alle Anwesenden war es ein unvergesslicher Abend.

Am Samstag und Sonntag fand der Mittelalterliche Markt statt. Mitwirkende Gruppen aus ganz Deutschland hatten ihre Zelte um die Kirche aufgebaut und priesen ihre Waren an. Eine Feuerschau am Samstagabend war der Höhepunkt dieses Wochenendes.

Ein zünftiges Oktoberfest im Dorfgemeinschaftshaus bildete am 17. September den Abschluss der Feierlichkeiten.

Gehwege in Varenholz und Stemmen

Neubau und Sanierung erfolgreich abgeschlossen Weitere Sanierungen beantragt

Im Sommer 2022 konnten zwei durch die SPD-Fraktion beantragte Wegebauprojekte fertiggestellt werden.

In Varenholz erhielt der Teilbereich des Weges zwischen Hackweg und Doktorweg einschließlich der Treppe eine Grundsanierung und wurde dem bereits ausgebauten Wegebereich zwischen Osterbrink und Hackweg angeschlossen. Somit sind jetzt die Ortschaften Stemmen und Varenholz parallel zur Varenholzer Straße fußläufig verbunden.

Verkehrssicher gestaltet wurde der Fußweg an der Detmolder Straße zum Friedhof in Stemmen. Der bisher nicht befestigte Weg erhielt eine Einfassung sowie eine Asphaltdecke. Mit dieser Maßnahme einhergehend konnte gleichzeitig eine erforderliche Kanalsanierung durchgeführt und so Synergieeffekte genutzt werden.

Der Gemeinde Kalletal liegt bereits ein neuer Antrag der SPD-Fraktion vor, den Verbindungsweg zwischen Weserstraße und Osterbrink instand zu setzen. Die Gemeinde bemüht sich derzeit, hierfür Fördermittel beim Ministerium für Verkehr NRW zu generieren.

Frieden schaffen ohne Waffen?!

Jeden 3. Sonntag im Monat lädt der SPD-Ortsverein Langenholzhausen zu spannenden Diskussions- und Informationsrunden ein

Am Volkstrauertag haben wir uns nach der Kranzniederlegung an der Friedhofskapelle im AWO-Raum getroffen, um über Krieg und Frieden zu sprechen.

Zu dieser Diskussion konnten wir auch Pastor Benker begrüßen, der seine Erfahrung von Auslandseinsätzen als Bundeswehrpastor eingebracht hat.

Es entwickelte sich ein sehr reger Meinungsaustausch mit interessanten Wortbeiträgen zwischen den Diskussionsteilnehmern und so reichte die Sichtweise von „Deutschland solle sich raushalten“, über persönliche Nachkriegserlebnisse „Nie wieder Krieg“ bis zu „jedes Land hat das Recht auf Selbstverteidigung“ und „Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen“. Alle Teilnehmer*innen hoffen, dass es neben den Sanktionen, dem Einfrieren von russischem Vermögen in der EU, den Energiesparmaßnahmen, der Geheimdiplomatie gelingt, Friedensverhandlungen auf Augenhöhe zu ermöglichen, damit der Zerstörung, dem Leid und dem Sterben auf beiden Seiten ein Ende bereitet wird.

Herausgeber: SPD-Gemeindeverband Kalletal
Siek 8, 32689 Kalletal
Verantwortlich SPD-Gemeindeverband Kalletal: Manfred Rehse, Vorsitzender
Verantwortlich SPD Kreistagsfraktion und Kreisverband: Rainer Brinkmann
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, Curt-Frenzel-Straße 2, 86167 Augsburg